

**Zusatzvertrag
zum
Entgelt-Rahmentarifvertrag**

**für die Beschäftigten in Gießereibetrieben
der niedersächsischen Metallindustrie**

vom 19. Februar 2004

gültig ab 1. Juli 2004

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e. V.**

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

Zwischen dem

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e.V.**

und der

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

wird folgender

Zusatzvertrag zum Entgelt-Rahmentarifvertrag (ERTV)

für die Beschäftigten in der niedersächsischen Metallindustrie
abgeschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

1. Der räumliche und persönliche Geltungsbereich ist der ERTV.
2. Fachlicher Geltungsbereich: Alle Gießereibetriebe und Gießereiabteilungen, die Stahlguss, Grauguss und Schwermetallguss herstellen, soweit dieser - auch in Verbindung mit Kokillen - in Formen aus Sand, Lehm oder Zement gegossen wird. Nicht erfasst werden: Die Herstellung von Druckguss, Spritzguss, Pressguss, Leichtmetallguss und Kokillenguss.

§ 2 Ausschuss

1.
 - a) Ausschussguss, der von den Beschäftigten nicht verschuldet ist, wird voll bezahlt.
 - b) Ausschussguss, der auf ein geringfügiges Verschulden des Beschäftigten zurückzuführen ist, wird mit 80 % des diesen Beschäftigten vorgegebenen Leistungsentgelts bezahlt.
 - c) Ausschussguss, der auf grobe Fahrlässigkeit der Beschäftigten zurückzuführen ist, wird nicht bezahlt. Jedoch erhalten die Beschäftigten, sofern ihr Leistungsentgelt-Effektiv-Verdienst das Zeitgrundentgelt ihrer Entgeltgruppe für den Zeitraum einer Woche nicht erreicht, mindestens das Zeitgrundentgelt ihrer Entgeltgruppe für die betreffende Arbeitswoche.
 - d) Wird Guss in einem Arbeitsablauf hergestellt, der eine Identifizierung der Beschäftigten, welche den Ausschuss verursacht haben, nicht zulässt (z. B. Maschinenformerei, Gruppenarbeit, mechanische oder automatische Formanlagen oder ähnliche Einrichtungen), kann anstelle der vorstehenden Regelung betrieblich vereinbart werden, dass Ausschuss bis zu einem bestimmten Prozentsatz, bezogen auf die Ausbringung, nicht bezahlt wird. Die Fälle, in denen eine Identifizierung der Beschäftigten nicht möglich ist, sollen durch Kontrollmaßnahmen möglichst weitgehend ausgeschaltet werden.

2. Zu unverschuldetem Ausschuss gehört im allgemeinen:
 - a) Reißen von Gussstücken, wenn dieses auf falsche Konstruktion oder ungeeignete Gattierung zurückzuführen ist.
 - b) Poröser Guss oder Lunkerbildung, wenn diese auf ungeeignete Gattierung zurückzuführen sind.
 - c) Fehlguss, der durch fehlerhafte oder unsachgemäße Anfertigung der Modelle, Kernkasten oder Modellplatten verursacht ist.
 - d) Fehlguss, der auf fehlerhafte Herstellung des Kernes zurückzuführen ist, sofern der Former trotz Anwendung der üblichen Sorgfaltspflicht die Fehlerhaftigkeit nicht erkennen kann.
 - e) Guss, der ohne Verschulden des Formers beim Ausleeren oder auf dem Transport durch Dritte beschädigt oder unbrauchbar gemacht ist.
 - f) Fehlguss, der nachweisbar durch ausdrückliche Anordnung von Vorgesetzten entstanden ist.
3. Zu verschuldetem Ausschuss gehört im allgemeinen:
 - a) Verwendung von zu nassem oder zu trockenem Sand, soweit er von dem Former selbst zubereitet ist, oder der Former bei Aufbereitung durch Dritte keine Bedenken geäußert hat.
 - b) Zu loses oder zu festes Stampfen.
 - c) Anbringen von Sandhaken oder Formstiften in ungenügender Zahl.
 - d) Nicht genügendes Abführen der Luft aus der Form und den Kernen, soweit die Mängel nicht auf den Kern und die Kernmasse zurückzuführen sind.
 - e) Fehlen von Anschnitten und Steigern; Anbringen falscher Anschnitte und Steiger.
 - f) Benutzung falscher Kerne und Nichteinlegen von Kernen entgegen den beim Former vorhandenen Unterlagen (Zeichnungen, Kernmarken, Markierungen an Modellen und Schablonen).
 - g) Nicht genügend Befestigung der Kernstützen oder Anbringen von zu wenig Stützen; schlechtes Stützmaterial ist vom Former zu beanstanden.
 - h) Nicht genügend Belastung oder Verklammerung der Form.
 - i) Verwendung von zu kalter Gussmasse, soweit die Erkaltung auf Verzögerung am Arbeitsplatz zurückzuführen ist oder der Former bei Zustellung keine Bedenken geäußert hat, sowie Durchführung eines Gusses bei erkennbarem Mangel an gießgerechter Gussmasse.
 - j) Unterlassen einer rechtzeitigen Meldung an den Vorgesetzten über erkennbare Fehler an Formeinrichtungen und Formmaterialien.
 - k) Beschädigung durch unsachgemäßes Auspacken, Ausleeren oder unsachgemäßen Transport.

Im Einzelfall kann jedoch trotz Vorliegens einer der Fälle a) bis k) der Nachweis geführt werden, dass Verschulden nicht vorliegt.
4. Bei den sich aus § 2 Ziffer 1 Buchstaben a) bis c) ergebenden Streitfällen entscheidet eine paritätisch besetzte betriebliche Kommission. Die Mitglieder dieser Kommission auf Arbeitnehmerseite werden von dem Betriebsrat ernannt. Die Mitglieder der Kommission sollen sachkundig sein. Kommt die Kommission zu keiner Entscheidung, wird die Angelegenheit nach § 29 des GMTV behandelt.

§ 3 Duschzeit

1. Beschäftigte in Gießereien, die unter den besonders erschwerenden Bedingungen des Gießereibetriebes arbeiten müssen, erhalten täglich eine mit dem Durchschnittsverdienst der Lohnperiode bezahlte Duschzeit von 15 Minuten. Anspruch auf eine bezahlte Duschzeit haben jedoch nicht diejenigen Beschäftigten, bei denen eine sorgfältige Reinigung des ganzen Körpers deshalb nicht erforderlich ist, weil die von ihnen ausgeübte Tätigkeit zu keiner starken Verschmutzung führt. Welche Beschäftigten keinen Anspruch auf eine bezahlte Duschzeit haben, vereinbaren Arbeitgeber und Betriebsrat.
2. Das Duschen hat zeitlich im Anschluss an die betriebsübliche tägliche Arbeitszeit zu erfolgen.

In die Berechnung der Urlaubsvergütung nach § 19 GMTV ist die Vergütung für das Duschen einzubeziehen.

§ 4 Gießereizulage

1. Beschäftigte in Gießereien, die unter den besonders erschwerenden Bedingungen des Gießereibetriebes arbeiten, erhalten eine Gießereizulage.
2. Die Höhe der Zulage richtet sich nach dem Umfang der Erschwernisse.
3. Als Erschwernisse gelten sowohl körperliche Belastungen als auch Umgebungseinflüsse, wie z.B. Einwirkungen durch Verschmutzung, Staub, Öl, Temperatur, Nässe, Säure, Gase und Dämpfe, Lärm, Erschütterung, Blendung oder Lichtmangel, Erkältungsgefahr, hinderliche Schutzkleidung, Unfallgefährdung.
4. Die Zulagenhöhe für die einzelnen Beschäftigten ist zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat zu vereinbaren. Die Mindesthöhe der Gießereizulage ist wegen der Tarifdynamik im Entgelttarifvertrag geregelt.

§ 5 Schutzkleidung

Schmelzer, Gießer und mit Sandstrahlgebläsen Beschäftigte erhalten die nach den Unfallverhütungsvorschriften erforderliche Schutzkleidung vom Arbeitgeber gestellt.

§ 6 Überleitungsregelungen

In Betrieben, in denen die Duschzeit bisher innerhalb der betrieblichen täglichen Arbeitszeit lag, kann durch freiwillige Betriebsvereinbarung die Beibehaltung der bisherigen betrieblichen Regelung vereinbart werden.

§ 7 Günstigkeitsklausel

§ 28 des GMTV gilt auch für diesen Zusatzvertrag.

§ 8 Inkrafttreten und Kündigung

1. Dieser Zusatzvertrag tritt am 1. Juli 2004 in Kraft. Er ersetzt die Zusatzverträge vom 19. Februar 2004 im jeweiligen Betrieb zum Zeitpunkt der Einführung des ERTV.
2. Er ist nicht Bestandteil des ERTV und kann gesondert gekündigt werden, wie auch eine Kündigung des ERTV den Bestand dieses Zusatzvertrages nicht berührt.
3. Dieser Zusatzvertrag kann mit einer dreimonatigen Frist zum Quartalsende, erstmals zum 31. Dezember 2009 gekündigt werden.

Hannover, den 19. Februar 2004

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e.V.**

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

Stang

Kröncke

Meine

Manthey